

# Uwe-Jens Heuer

## Marxistische Theorie und Demokratie

Der Sozialismus – wahrscheinlich wäre es besser, von Frühsozialismus zu sprechen – befindet sich in einer tiefen Krise: Viele Fragen müssen neu gestellt werden, Antworten werden verlangt, wo kaum Fragen klar sind. Theorie ist immer dann am schwierigsten zu machen, wenn sie am nötigsten ist. Die größten Defizite liegen dabei – praktisch wie theoretisch – im Bereich der Ökonomie und der Demokratie. Marxistische Demokratietheorie muß sich diesen Fragen stellen.

Dabei ist der Marxismus nichts Endgültiges, sondern die von Marx ausgelöste und sich auf ihn beziehende theoretische Bewegung, in der es Fortschritt, aber auch Stagnation und selbst Rückschritt gibt. Die Vorstellungen über Demokratie waren in den sozialistischen Ländern bis in die jüngste Zeit noch vom Erbe Stalins beeinflußt. In der DDR – die hier im Mittelpunkt stehen soll – spielte dabei die Konzeption Karl Polaks eine wesentliche Rolle. Sein Werk gewann vornehmlich seit der Babelsberger Konferenz von 1958 bestimmenden Einfluß.

Der Ursprung seiner Konzeption war die berechtigte und notwendige Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat, mit dem Erbe des deutschen Obrigkeitsstaates, die grundsätzliche Hervorhebung des prinzipiell Neuartigen des sozialistischen Staates ohne Klassenantagonismus. Diese Auseinandersetzung war geprägt vom Klima des kalten Krieges, von der Isolierung der DDR, die ihre Existenz von Anfang an gegen eine übermächtige Bundesrepublik Deutschland behaupten mußte. Die Polaksche Konzeption stellte dem Klassenantagonismus die Identität der Interessen von Individuum, Klassen, Gesellschaft und Staat gegenüber. Das Ideal der Pariser Kommune führte zu solchen Formulierungen wie der, daß in der sozialistischen Gesellschaft »Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum eins geworden sind«.<sup>1</sup> Widersprüche der neuen Gesellschaft wurden prinzipiell geleugnet, die Dialektik war wesentlich nur eine Dialektik vom Kapitalistischen und Sozialistischen, nicht eine Dialektik des Sozialismus. Diese Identitätskonzeption bot keinen Ansatz für spezifische Demokratiefragestellungen, auch keinen Ansatz für eine spezifische Rechtstheorie, für eine Bestimmung der Rolle des Rechts im Sozialismus, Leistungsprinzip und Recht erschienen als zu überwindender Mißstand.

Obwohl es vornehmlich seit der Mitte der sechziger Jahre, seit der Inangriffnahme ökonomischer Reformen immer wieder theoretische Auseinandersetzungen um dieses Herangehen gab, wurde es von – administrativ – führenden Staats- und Rechtswissenschaftlern bis in die letzten Jahre fortgeführt. Trotz der immer deutlicher zu Tage tretenden Verschärfung der inneren Widersprüche wurden sie emphatisch geleugnet, wurde die Identität von Demokratie und Diktatur verfochten,

<sup>1</sup> K. Polak, *Zur Dialektik in der Staatslehre*, Berlin 1963, S. 252.

wurde das Recht als Maß der Politik negiert, Machtausübung und formale Spielregeln einander gegenübergestellt.<sup>2</sup>

199

Sicherlich hatte in der DDR ungeachtet dieser theoretischen Positionen Demokratiepraxis und Rechtsgestaltung – nicht zuletzt wegen der stärkeren juristischen Tradition, aber auch der spezifischen Lage der DDR, also paradoxerweise derselben Ursachen, auf die sich der Kampf gegen das »bürgerliche Recht« stützte – in vielem, es sei nur das Arbeits- und Familienrecht genannt, einen höheren Stand als in anderen sozialistischen Ländern, auch manches Vorbildliche gegenüber der BRD. Aber die ideologische, administrativ gestützte Herrschaft der Identitätskonzeption versperrte den Weg zu den gerade unter den spezifischen Bedingungen der DDR immer dringlicher werdenden grundlegenden Reformen, verschloß einen Ausweg aus der heranreifenden Krise. Nicht realisierbare Utopien schlugen in Konservatismus, immer mehr auch in Defaitismus um. »Der Traum von der herrschaftslosen Gesellschaft ist, wenn taktisch aufgefaßt, das sicherste Mittel, ihn nicht zu verwirklichen.«<sup>3</sup>

Mit den sich verschärfenden Widersprüchen wuchs auch der Wille, die Auseinandersetzung mit der herrschenden Konzeption zu führen. Dabei wurde der Hauptweg dieser Auseinandersetzung im Angriff auf die theoretischen Wurzeln gesehen. Die Identitätskonzeption trat als marxistische Konzeption auf, berief sich auf Lenins »Staat und Revolution«, auf den Entwurf der Pariser Kommune von Marx. Anfang 1986 wurden in einer Diskussion um Karl Polak die unterschiedlichen Positionen deutlich.<sup>4</sup> Ich versuchte mit meinem 1989 erschienenen Buch »Marxismus und Demokratie« die historische Entwicklung marxistischen Demokratiedenkens darzustellen und so der herrschenden Meinung den Boden ihres eklektisch-dogmatischen Vorgehens wegzuzeigen.<sup>5</sup> Ich meine, daß vieles von dem hier Entwickelten noch heute Bestand hat, aber einiges auch neu und anders, zum Teil radikal anders geschen werden muß.

Marx und Engels waren von Anfang an vom Individuum ausgegangen, von der Notwendigkeit, die seiner Entfaltung entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. In dieser humanistischen, auf dem Erbe alles Fortschrittlchen beruhenden Ausgangsposition gab es keine Differenz zwischen dem jungen und dem alten Marx. Ihr Demokratieverständnis war ohne die Aufklärung, ohne die Revolution von 1789 nicht denkbar. Marx und Engels hatten ihren Weg in der demokratischen Bewegung als Streiter für die Interessen der Individuen, für die demokratischen Bedürfnisse des Volkes gegen Zensur und Bürokratie begonnen: »In der Demokratie erscheint die Verfassung selbst nur als eine Bestimmung, und zwar Selbstbestimmung des Volkes«, schrieb Marx 1843.<sup>6</sup>

Aber nur wenige Monate später vollzog Marx die kopernikanische Wende, sah er die Grundlage des Staates im Privateigentum, ging es nicht mehr um eine nur politische, sondern um eine soziale Revolution, war der eigentliche Gegner nicht der Staat, sondern das kapitalistische Privateigentum. Seine Beseitigung konnte nur das Werk des Proletariats sein. Die Befreiung der Klasse war Voraussetzung für die Befreiung des Individuums.

<sup>2</sup> Belege hierzu bei U.-J. Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, S. 364 ff., S. 460 ff.

<sup>3</sup> E. Bloch, *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt am Main 1973, Bd. 2, S. 670.

<sup>4</sup> E. Poppe/W. Weichelt, U.-J. Heuer, K.-H. Schöneburg, K.-H. Röder, K. A. Mollnau, in: E. Poppe/S. Weichelt, Karl Polaks Beitrag zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtswissenschaft in der DDR, Berlin 1987 (Sitzungsberichte der AdW der DDR 1986/11 G).

<sup>5</sup> U.-J. Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989.

<sup>6</sup> K. Marx, F. Engels, *Werke* (MEW), Bd. 1, Berlin 1970, S. 231.

Mit der neuen Gesellschaftsordnung ohne Privateigentum, dem Kommunismus, würde auch der Staat bald absterben. Nur für den Sozialismus, als Übergangsphase, war er als Diktatur des Proletariats noch erforderlich. Das bedeutsamste Ereignis für die Entwicklung der Vorstellungen von Marx und Engels über die Nachfolge des gestürzten Ausbeuterauges war die Pariser Kommune. In ihrer Beseitigung des stehenden Heeres, der Polizei, ihrer Volksbewaffnung, ihrer Angleichung aller Gehälter an den Arbeiterlohn, mit einem Wort ihrer Beseitigung der besonderen Staatsmaschine, erblickten sie die Gewährleistung des Absterbens des Staates. Deshalb schrieb auch Engels in einem Brief an August Bebel vom 18./28. März 1875 davon, daß die Kommune kein Staat im eigentlichen Sinne mehr sei.

Eine prinzipiell neue politische Form der »Selbstregierung der Produzenten«<sup>7</sup> war Gegenstand der welthistorisch neuen Konzeption. Eine politische Form ohne besonderen Staatsapparat, die kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war, bot allerdings auch keinen Raum mehr für die Frage nach besonderen politischen Widersprüchen, nach Demokratie als Verhältnis von Volk und Staat. Der Begriff der Demokratie wurde für die Charakterisierung der neuen Ordnung nicht benötigt. Sie war eine Kategorie des Bestehenden, vom Proletariat zu nutzen, aber mit seinem Sieg aufzuheben.

Die deutsche Sozialdemokratie, führende Partei der 2. Internationale, mußte sich mit der ökonomischen und politischen Veränderung des Kapitalismus auseinandersetzen. Nach dem Tode von Engels, der unbestrittenen Autorität, kam die Gegensätzlichkeit der Standpunkte schnell zum Ausbruch. Bernstein ging von einer ständigen Entfaltung der Demokratie aus. Demokratie hieß »jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife um dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt auszuüben fähig ist«. Kautsky bestand in seiner Auseinandersetzung mit Bernstein auf der naturnotwendigen Zwangsläufigkeit des Zusammenbruchs des bestehenden Systems auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte, des Wachstums des Proletariats und damit des Wachstums der revolutionären Kraft. Gerade deshalb führte er die Auseinandersetzung mit Bernstein auf dem Feld der Ökonomie, nicht auf dem Feld der Politik.<sup>8</sup>

Rosa Luxemburg dagegen griff die Vorstellung Bernsteins von einer ununterbrochenen Entwicklung der Demokratie an, wobei sie gleichzeitig den Wert der »demokratischen Ingredienzien des Staatswesens«, entsprechender politischer Formen, hervorhob, also erstmalig bürgerliche Demokratie als System und bürgerlich-demokratische, zu bewahrende Formen unterschied. Später – in einer Auseinandersetzung mit Lenin und Trotzki – sprach sie vom sozialen Kern der bürgerlichen Demokratie und der »süßlen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit«, aber nicht um diese zu verwerfen, sondern um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen, anstelle der bürgerlichen eine sozialistische Demokratie zu schaffen.<sup>9</sup>

Einen anderen Weg ging Lenin. In seinem Werk wurde die marxistische Theorie erstmals zum Instrument der unmittelbaren Vorbereitung der Revolution. Für Lenin stand im Zentrum der Demokratie das Bündnis mit den Bauern als der großen Mehrheit der Bevölkerung des russischen Reiches. Im Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie nahm Lenin den Marxschen Entwurf der Pariser Kommune wieder auf. Die Ersetzung der bürgerlichen Macht durch eine vollständige Demo-

<sup>7</sup> MEW Bd. 17, Berlin 1979, S. 338ff., Bd. 34, Berlin 1966, S. 128, Bd. 17, S. 339.

<sup>8</sup> E. Bernstein, *Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Stuttgart 1899, S. VI, zu K. Kautsky vgl. U.-J. Heuer (Fn. 2), S. 128 ff.

<sup>9</sup> R. Luxemburg, *G.W.*, Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 422ff., Bd. 4, Berlin 1974, S. 363.

kratie verwandele den Staat »in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist«, schrieb Lenin 1917 in »Staat und Revolution«. Dieser »Kommunestaat«, wie es in den Aprilthesen hieß, sollte das Absterben des Staates einleiten.<sup>10</sup>

Die revolutionäre Stoßkraft der Leninschen Thesen beförderte die Zerschlagung der alten Macht, der Aufbau der neuen Macht aber ging nicht den Weg der Kommune. Nach einer kurzen Periode des Aufbaus von Sowjets bestimmte die Notwendigkeit eines stehenden Heeres im Bürgerkrieg, hochbezahlter Spezialisten, zentralisierter Volkswirtschaft die Herausbildung eines neuen Apparates. Ein Sozialismus ohne »Staat im eigentlichen Sinne« erwies sich nicht als realisierbar, Lenin setzte diese Entwicklung mit aller Härte gegen die Kritik in den eigenen Reihen, nicht zuletzt Bucharins, durch. Der Staat war nicht erwünscht, aber notwendig. Deshalb aber, und auch das sah Lenin, mußte die Demokratiefrage jetzt in bezug auf diesen Staat gestellt werden, vor allem, »um das Unkraut des Bürokratismus immer wieder und unermüdlich auszureißen«.<sup>11</sup>

Die ungeheuren Schwierigkeiten, diesen Widerspruch unter den russischen Bedingungen in der Isolierung zu bewältigen, wurden immer deutlicher. Die NÖP (Neue Ökonomische Politik) von 1921 war der Weg eines ökonomischen Bündnisses mit den Bauern, eine geschlossene Antwort auf die Frage der Demokratie im Sozialismus, der Verbindung von Massen und Staat wurde von Lenin nicht mehr vorgelegt.

Stalin hat diese Antwort nicht gegeben. Er hat darüber hinaus die Frage nicht mehr zugelassen. Seine Sozialismuskonzeption kannte keine inneren Widersprüche der neuen Ordnung, sah nur den Widerspruch zum äußeren Feind, ließ keinen Raum für die Fragen nach der Individualität, nach dem Erbe bürgerlich-demokratischer Formen, für eine spezifische Demokratiefragestellung, identifizierte Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie. Die Diktatur des Proletariats wurde als »die durch kein Gesetz beschränkte und sich auf Gewalt stützende Herrschaft« charakterisiert, als ein System, bestehend aus lenkender Kraft, der Partei, der Avantgarde und Hebeln oder Transmissionen.<sup>12</sup>

Stalin konnte sich in vielem auf Lenin, kaum auf Marx berufen. Was aber bei Lenin noch Kompromiß, Taktik, Anpassung an die Notwendigkeit war, einen sozialistischen Weg in einem kapitalistisch unentwickelten, für den Sozialismus nicht vorbereiteten Lande einzuschlagen, das war bei Stalin ein in sich geschlossenes System, das praktisch und theoretisch keiner Änderung mehr offen stehen sollte, das eine demokratische Korrektur eben deshalb ausschloß, weil es sich für den Höhepunkt der Demokratie erklärte.

Zur selben Zeit wurden, ausgelöst durch die deutschfaschistische Kriegsdrohung, Elemente einer neuen Demokratiekonzeption auf dem VII. Weltkongress der Komintern sichtbar. Sie waren vorbereitet vor allem durch Schlussfolgerungen der italienischen und französischen Partei, theoretisch besonders durch die Arbeiten Gramscis zum Verhältnis von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Der Kampf gegen den Faschismus, ein Zusammensehen vor allem mit der Sozialdemokratie forderten eine eindeutige Unterscheidung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, ein Bekenntnis zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten. »Die faschistische Diktatur«, erklärte Wilhelm Florin auf der Brüsseler Konferenz der KPD, »hat den sozialdemokratischen Arbeitern... Freiheiten und Rechte entrissen,

<sup>10</sup> Lenin Werke Bd. 25, Berlin 1960, S. 432; Bd. 24, Berlin 1959, S. 6.

<sup>11</sup> Lenin Werke Bd. 27, Berlin 1960, S. 266.

<sup>12</sup> J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 44, S. 148.

deren Verlust die organisierten Arbeiter am allerwenigsten überwinden können.“<sup>13</sup> Die traditionellen Vorbehalte der Partner, vor allem aber die Massenrepressalien in der UdSSR verhinderten durchgreifende Erfolge.

Der Sieg im 2. Weltkrieg eröffnete praktisch wie theoretisch die Möglichkeit eines neuen Anfangs, einer wirklichen Verbindung von Demokratie und Sozialismus. Georg Lukács formulierte einen neuen Begriff der Demokratie als verbindenden Gedanken in den Bestrebungen der radikalen revolutionären Demokratie und des Sozialismus: »Nur wenn alle realen Formen der Abhängigkeit des Menschen durch den Menschen, der gesellschaftlichen Ungleichheit und Unfreiheit verschwinden, kann von Demokratie gesprochen werden.« Für Lukács war »die Volksdemokratie ein aus der Demokratie herauswachsender Sozialismus«.<sup>14</sup> Die Kontinuität zu den bürgerlich-demokratischen Rechten sollte auch den werdenden Sozialismus bestimmen, das war sein Anliegen, sicher auch bestimmt von den Erfahrungen der 30er Jahre in der Sowjetunion, von der Einsicht in die lange Fortdauer des Staates.

Die Erkenntnis, daß die Übernahme des politischen Systems der Sowjetunion einen Erfolg des Sozialismus auf deutschem Boden von vornherein ausschloß, war sicherlich auch bestimmend für die Erklärung im Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« Es ginge um die »Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk«. Sie bestimmte auch die Konzeption des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus, die Anton Ackermann 1946 veröffentlichte.<sup>15</sup> Der von den USA ausgelöste Kalte Krieg führte zu entsprechenden Reaktionen auf Seiten der UdSSR. Die Zielstellung, in den volksdemokratischen Ländern und in der sowjetischen Besatzungszone einen tiefgreisend neuen Weg zum Sozialismus zu gehen, wurde aufgegeben. Viele praktische Besonderheiten blieben erhalten, wurden teilweise auch weiter ausgebaut, der neue Weg zur Verbindung von Demokratie und Sozialismus aber wurde versperrt, die Stalinsche Denkweise der Identität von Demokratie und Diktatur herrschend.

Ausgehend vom XX. Parteitag der KPdSU von 1956 gab es immer wieder neue Versuche eines grundlegend neuen Ansatzes. Der ersten Welle des Jahres 1956 folgte eine zweite Welle in den sechziger Jahren vom »neuen ökonomischen System« in der DDR über die Wirtschaftsreformen der ČSSR 1965, Ungarns 1968 bis zum Prager Frühling 1968, deren Ende durch den Einmarsch im August 1968 bestimmt war. Eine dritte Erneuerungswelle begann 1985 in der UdSSR, die bisher sich immer wieder als konservative Kraft gezeigt hatte. Sie löste einen Prozeß zuerst theoretischen Umdenkens und dann sich immer mehr überschlagender Veränderungen aus, der auch heute noch nicht abgeschlossen ist und in seinen praktischen und theoretischen Folgen nicht abgesehen werden kann.

Den Ausgangspunkt dieses Umdenkens bildete die Einsicht, daß die Welt heute vor ungeheuren Problemen steht, die die Existenz der Menschheit bedrohen, und von denen viele nur gemeinsam lösbar sind, an erster Stelle das Problem des Friedens. Gleichermaßen wird zunehmend für die globalen Probleme der Umwelt und der Entwicklungsländer deutlich. Vor allem ausgehend vom neuen Denken und Handeln in der Sowjetunion wuchs die Aussicht auf Erhaltung und Stärkung des Friedens in der

<sup>13</sup> Die Brüsseler Konferenz der KPD, Berlin 1973, S. 197.

<sup>14</sup> G. Lukács, Über aristokratische und demokratische Weltanschauung, Sinn und Form, 1981/2, S. 363f., G. Lukács, Gelebtes Leben, Frankfurt am Main 1981, S. 188.

<sup>15</sup> Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, Berlin 1986, S. 7ff., A. Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, Einheit 1946/1.

Welt. Zugleich wurde immer deutlicher, daß, je mehr sich die friedliche Koexistenz festigt, je weniger der Kampf zweier Systeme als Zentrum der Epoche gesehen werden kann, desto gewichtiger neue Widersprüche werden. Hierzu gehörten neben den vielfältigen neuen und alten nationalen Widersprüchen vor allem – damit übrigens eng verbunden – die durch das Bedürfnis der Menschen, besser zu leben, und durch ihr demokratisches Bedürfnis, ihre Umwelt selbst zu bestimmen, ausgelösten Widersprüche. Je mehr jedenfalls in Europa der Alpdruck eines neuen Krieges verschwindet – wirklich oder auch nur scheinbar –, desto gebieterischer werden die Fragen ökonomischer Effektivität und demokratischer Mitbestimmung gestellt. Die wissenschaftlich-technische Revolution stellt immer höhere Anforderungen an die Innovationskraft der Volkswirtschaft, an die Fähigkeit, zahlreiche neue, effektivere Problemlösungen hervorzubringen und diese in den Reproduktionsprozeß einzuführen. Dieser Innovationskonkurrenz, die gewaltige Anforderungen an unternehmerische Initiativen in den Betrieben stellte, war das administrative Kommandosystem mit seiner Übermacht der zentralen staatlichen Leitung nicht gewachsen. Dies war auch eine – vielleicht sogar die entscheidende – Ursache für die Niederlage des Sozialismus. Die marxistische Demokratietheorie muß die Ergebnisse sozialistischer Demokratiepraxis und marxistischer Demokratietheorie seit 1917, der ganzen Zeit dieses Frühsocialismus aufarbeiten und sich dabei nicht scheuen, die Frage zu stellen, was schon bei Lenin und auch bei Marx angelegt war, um in Irrwege zu führen oder jedenfalls nicht vor ihnen zu bewahren.

Zum ersten hat die bisherige Erfahrung des Sozialismus eindeutig gezeigt, daß die Annahme eines raschen Absterbens des Staates eine Illusion und noch dazu eine gefährliche Illusion war. Marx hatte mit Recht auf die Übel hingewiesen, die das Ergebnis des Privateigentums waren. Ich meine, daß negative Erfahrungen des Sozialismus die Marxsche Kritik des Privateigentums nicht widerlegen. Wenn der Kapitalismus heute in einigen – keineswegs in allen – Ländern ein anderes Gesicht trägt als der von Marx analysierte Kapitalismus, wenn die Demokratie in diesen Ländern eine neue Qualität gewonnen hat, so ist dies in erster Linie dem Kampf der Arbeiterbewegung und auch dem Wettbewerbsdruck des Sozialismus geschuldet. Zugleich hat aber die Geschichte der sozialistischen Staaten deutlich gemacht, daß die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums nicht, wie Marx dies angenommen hatte, zum Absterben des Staates führte, daß im Gegenteil der Staat in der Gesellschaft einen immer größeren Platz einnahm, die Verstaatlichung der Gesellschaft einen Höhepunkt in den dreißiger Jahren erreichte. Grundlage dieser Macht des Staates war das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Klassenherrschaft als Herrschaft einer Klasse war weggefallen, nicht aber die Macht, nicht aber der Staat.<sup>16</sup> An die Stelle des Widerspruchs von Ausbeutern und Ausgebeuteten trat der Widerspruch von Volk und Staat, einem Staat, der nicht Staat einer Ausbeuterklasse ist, aber immer noch Staat, in gewisser Weise sogar mehr Staat als je ein Staat zuvor. An die Stelle der vom Privateigentum hervorgebrachten Übel waren andere getreten, die mit der Übermacht des Staates verbunden waren.

Zu ihnen zählte vor allem der Bürokratismus. Marx hatte an ihm scharfe Kritik geübt, hatte ihm den Entwurf der Pariser Kommune entgegengestellt. Die Verfechter der Identitätskonzeption beriefen sich auf diesen Entwurf und seine angebliche Verwirklichung, um die Gefahren des Bürokratismus zu leugnen. Tatsächlich aber

<sup>16</sup> W. Hofmann hat in einer 1967 erstmals publizierten Arbeit auf den Unterschied von Herrschaft und Macht hingewiesen. Herrschaftsordnung beruhe auf Vererbung sozialer Macht, sei Klassenherrschaft. Dabei unterscheide sich Herrschaftsordnung von Machtausübung dem Inhalt nach, jedoch nicht notwendig auch nach ihren Formen oder nach der »Milde« der Machtausübung (W. Hofmann, Was ist Stalinismus?, Heilbronn 1984, S. 30f.).

mußte die mit dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verbundene Verstaatlichung der Gesellschaft den Bürokratismus zur Hauptgefahr des politischen Systems machen. Sein Anwachsen ergab sich aus der inneren Tendenz des Zentralismus, sich weiter zu entfalten, aus der Falle einer Administration, die sich selbst reproduziert. In einem administrativ beherrschten System führen abnehmender Gestaltungswille und abnehmende Gestaltungskraft der Zentrale nicht zum Anwachsen der Innovationskraft der Gesellschaft, sondern zur Stagnation.

Das große Gewicht staatlicher Leitung im Sozialismus bedeutet zweitens, daß die Demokratiefrage jetzt in bezug auf den sozialistischen Staat, in bezug auf seinen Apparat gestellt werden muß. Bürgerliche Demokratie bezieht sich auf den bürgerlichen Staat, sozialistische Demokratie auf den sozialistischen Staat. Gerade weil der Staat hier eine erheblich größere Rolle spielt, ist die Demokratiefrage im Sozialismus nicht von geringerer, sondern von weit größerer Bedeutung als im Kapitalismus. Mit dem Wegfall des Privateigentums wurde die Demokratiefrage zur zentralen Frage der Gesellschaft. Das Maß der Demokratie als der individuellen und kollektiven Entscheidung über die eigenen Angelegenheiten ist im Sozialismus vor allem das Maß des Einflusses der Massen, d. h. der Einzelnen und der Kollektive auf die Entscheidungen des sozialistischen Staates. Der Widerspruch von Massen und eigenem Staat ist der politische Grundwiderspruch des Sozialismus. Dieser Widerspruch ist 1989 unübersehbar aufgebrochen. Die mangelnde Bereitschaft der politischen Führung und ihrer ideologischen Verteidiger, einen solchen Widerspruch zu akzeptieren, Bewegungsformen für ihn zu schaffen, hat dazu geführt, daß der Sozialismus selbst in Frage gestellt wurde.

Mit diesen Thesen meines Buches konnte ich mich durchaus auf Marx und Lenin beziehen. Heute halte ich es allerdings für erforderlich, weitere Fragen aufzuwerfen. Das betrifft einmal die führende Rolle der Partei. Durch die Volksbewegung wurde die alte Führung gestürzt. Aber sie hat in ihre Niederlage die Partei und das Land hineingerissen. Wir müssen diese Zcit theoretisch aufarbeiten und versuchen, der Niederlage einen theoretischen Gewinn abzuzwingen.

Ich war davon ausgegangen, daß die eigentliche Grundfrage die Demokratie in der Partei sei. Eine umgestaltete demokratisierte marxistische Partei sollte die Gesellschaft führen. Es gab in der SED eine starke demokratische Opposition, aber diese Opposition war nicht in der Lage, die Politik der Parteiführung zu beeinflussen, geschweige denn, sie zu stürzen. Die Wende kam nicht aus der Partei, sondern von außen. Erst eine Volksbewegung außerhalb der Partei konnte den Umsturz bewirken. In den anderen Ländern vollzogen sich ähnliche Prozesse, selbst in der Sowjetunion erweist sich die Revolution von oben als letztlich unfähig, allein den erforderlichen Urmwälzungsprozeß zu sichern. Offenbar, so möchte ich schlüßfolgern, ist ein politisches System, das auf dem Machtmonopol einer Partei beruht, den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht gewachsen. Die Gesellschaft bedarf einer differenzierten politischen Artikulation. Zum Verständnis der Notwendigkeit dieses politischen Pluralismus bedarf es nach meiner Ansicht vor allem einer Überprüfung des marxistischen Begreifens der »bürgerlichen Gesellschaft« in ihrem Verhältnis zum Staat.

An den Anfang möchte ich die These stellen, daß Marx Hegels Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft verkürzt hat und daß die Rezeption dieser Auffassung dazu beigetragen hat, den Weg zu einem demokratischen Sozialismusverständnis zu versperren. Hegel hatte in seiner Rechtsphilosophie der Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft einen hervorragenden Platz eingeräumt. Sie sei die Differenz, welche zwischen die Familie und den Staat tritt. »In der bürgerlichen Gesellschaft ist jeder sich Zweck, alles andere ist ihm nichts.« Die bürgerliche Gesellschaft enthält

damit drei Momente, die Vermittlung des Bedürfnisses des Einzelnen durch die eigene Arbeit und durch die Arbeit und Befriedigung der Bedürfnisse aller übrigen als System der Bedürfnisse, den Schutz des Eigentums durch die Rechtspflege und die Vorsorge gegen Zufälligkeit und Besorgung der besonderen Interessen durch Polizei und Korporation. Hegel stellt dieser bürgerlichen Gesellschaft den Staat als das an und für sich Vernünftige gegenüber und kritisiert die Verwechslung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, die Bestimmung des Staates als Sicherheit und Schutz des Eigentums und der persönlichen Rechte.<sup>17</sup> Mit dieser Trennung hat Hegel das Resultat der bürgerlichen Revolution in das Bewußtsein gehoben: die Entstehung einer entpolitisierter Gesellschaft durch die Zentralisierung der Politik und die Verlagerung ihres Schwerpunktes auf die Ökonomie.<sup>18</sup>

Marx knüpfte in seiner Kritik des Hegelschen Staatsrechts 1843 an diese Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates als verschiedener Sphären an. Das Tiefere bei Hegel läge darin, »daß er die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und der politischen als einen Widerspruch empfindet«. Der unverfälschte Ausdruck dieses Widerspruchs sei die repräsentative Verfassung, also die bürgerliche Demokratie. Hegel begnüge sich dagegen mit dem Schein seiner Auflösung, etwa mittels der Stände oder der Bürokratie. Aber in der Bürokratie würde das Allgemeine nur in Gedanken, nicht in Wirklichkeit zum besonderen Interesse. Für Marx wird dieser Widerspruch nur dadurch aufgelöst, daß die Souveränität des Monarchen durch die des Volkes ersetzt wird, daß die bürgerliche Gesellschaft massenweise in die gesetzgebende Gewalt eindringt, daß schließlich die bürgerliche Gesellschaft ihr politisches Dasein als ihr wahres, ihr bürgerliches Dasein damit zugleich als unwesentlich setzt und sowohl der abstrakte politische Staat als auch die bürgerliche Gesellschaft ihre Auflösung fordere.<sup>19</sup> Damit ist – wie Marx wenig später in der Judenfrage schrieb – die Konstitution des politischen Staates und die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft in die unabhängigen Individuen, deren Verhältnis das Recht ist, sind egoistisches Individuum und Staatsbürger gleichermaßen aufgehoben, ist die menschliche Emanzipation vollbracht.<sup>20</sup>

Mit diesem Herangehen hatte sich Marx aber die Möglichkeit genommen, anknüpfend an die »scheinbaren« Vermittlungen bei Hegel, demokratische Aspekte der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken. Sie wurde auf den Bereich des »Egoismus« reduziert. Das wurde ganz deutlich im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie von 1858/59. Dort wurden die Rechtsverhältnisse und Staatsformen aus den materiellen Lebensverhältnissen abgeleitet, deren Gesamtheit Hegel unter dem Namen »bürgerliche Gesellschaft« zusammengefaßt hatte, deren Anatomie aber in der politischen Ökonomie zu suchen sei.<sup>21</sup> Die weltgeschichtlich neue Einsicht von Marx und Engels hatte darin bestanden, daß Voraussetzung des Sturzes des Staates die Beseitigung des Privateigentums war. Diese materialistische Konzeption wurde mit aller Entschiedenheit, ja Überspitzenhaft verfochten und schränkte so den Blick auf die Differenziertheit der politischen Strukturen, auf die inneren Prozesse des politischen Lebens ein. Trotz so ausgezeichneter politikwissenschaftlicher Arbeiten wie des »Achtzehnten Brumaire« ist ein bestimmter »Ökonomismus« nicht zu leugnen, der dazu führte, daß vieles, was zwischen Ökonomie und Staat vermittelt,

<sup>17</sup> G. W. F. Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grunde*, Berlin 1981, S. 220, S. 226, S. 278 (§ 182, § 188, § 258).

<sup>18</sup> M. Riedel, in: *Materialien zu Hegels Rechtsphilosophie*, Bd. 2, herausgegeben von M. Riedel, Frankfurt am Main 1974, S. 263.

<sup>19</sup> MEW Bd. 1, S. 275, S. 279, S. 272, S. 247, S. 250, S. 230, S. 324, S. 327.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 369f.

<sup>21</sup> MEW Bd. 13, Berlin 1971, S. 8.

unterbewertet wird, indem die bürgerliche Gesellschaft auf Egoismus, Privateigentum und Klassenkonflikte reduziert wird.<sup>22</sup>

Dieses Herangehen spielte lange Zeit im marxistischen Denken etwa bei K. Kautsky, aber auch bei den russischen Marxisten eine wesentliche Rolle. Eine wesentlich neue Sicht entwickelte A. Gramsci in der Auseinandersetzung vor allem mit Bucharin. Seine Polemik richtete sich gegen das ökonomistische »naturgesetzliche« Herangehen. Aus den Erfahrungen der revolutionären Nachkriegskrise in Westeuropa und der Machtergreifung des Faschismus leitete er das Bild vom Bewegungskrieg (Rußland) und Stellungskrieg (Westen) ab. Im Osten sei mit der Beseitigung des Staates als Zwangsapparat alles entschieden worden, weil die bürgerliche Gesellschaft – hierunter verstand er Schulen, Universitäten, Akademien, Massenvereinigungen, Arbeitsorganisationen, Gewerkschaften, die katholische Kirche – kaum entwickelt war. »Im Osten war der Staat alles, die bürgerliche Gesellschaft steckte in ihren Anfängen, und ihre Konturen waren fließend. Im Westen herrschte zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und, erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft.«<sup>23</sup>

Mit diesem Herangehen ist nicht nur eine neue Betrachtung der kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht. Es geht zugleich um eine Neubewertung demokratischer Traditionen für den Sozialismus. Die Prinzipien der »formalen« Demokratie werden nicht einfach als notwendiges Produkt des Kapitalismus verstanden (Cohen). Die bürgerliche Gesellschaft, verstanden als Komplex nicht staatlicher Aktivitäten in ökonomischer und kultureller Produktion, Haushalt und freiwilligen Vereinigungen, muß staatlich garantiert werden, ist aber nicht notwendig von der Warenproduktion dominiert (Keane).<sup>24</sup> Habermas entwickelt die Notwendigkeit, Geld- und Machtkreisläufe von Ökonomie und öffentlicher Verwaltung einzudämmen und zugleich zu trennen von den kommunativ strukturierten Handlungsbereichen des privaten Lebens und der spontanen Öffentlichkeit. »In einer Demokratie, die diesen Namen verdient, müssen die rechtlich institutionalisierten, die ›verfaßten‹ politischen Willensbildungsprozesse – einschließlich der Wählervoten – rückgekoppelt sein an, und porös bleiben für, eine nicht verfaßte, möglichst argumentativ gesteuerte Meinungsbildung. Dazu bedürfte es eines Netzes freier Assoziationen unterhalb der Organisationsebene verstaatlichter Parteien, vermarkteter Medien, abhängiger Interessenverbände usw.«<sup>25</sup>

Es ist offensichtlich, daß ein solches Herangehen auch das Recht aus seiner einseitigen Bindung an das egoistische Individuum, an den Kapitalismus befreit, wie sie sich jedenfalls beim jungen Marx fand und wie sie bei Polak ihre konsequente Formulierung erhielt. Die abstrakte normative Methode, so schrieb er, sei »die bürgerliche Methode, Fleisch vom Fleische der bürgerlichen Staatsmacht«. Es ging Polak um die Beseitigung des bürgerlichen Rechtsbewußtseins, des bürgerlichen Rechts, der »bedeutendsten und festgefügtesten Bastion der bürgerlichen Gesellschaft«, um so den Weg zum Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Recht, freizumachen.<sup>26</sup> Solange der Staat besteht, ist das Recht notwendiger Vermittler

<sup>22</sup> J. Keane, *Democracy and Civil Society*, London–New York 1988, S. 58. Vgl. auch A. W. Gouldner, *The two Marxisms*, New York 1980, S. 356.

<sup>23</sup> A. Gramsci, *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Leipzig 1980, S. 272f.

<sup>24</sup> J. L. Cohen, *Class and Civil Society: The Limits of Marxian Critical Theory*, Amherst 1982, S. 49. J. Keane (Fn. 22), S. 14, S. 63.

<sup>25</sup> J. Habermas, *Produktivkraft Kommunikation, Sinn und Form* 1989/6, S. 1203 f. Vgl. auch J. Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 2, Frankfurt am Main 1981, S. 449 ff.

<sup>26</sup> K. Marx schrieb in der Judenfrage: »Keines der sogenannten Menschenrechte geht also über den egoistischen Menschen hinaus.« (MEW Bd. 1, S. 366); K. Polak, *Zur Dialektik* (Fn. 1), S. 201; K. Polak,

zwischen Staat und Gesellschaft, sind subjektive Rechte unentbehrlich für Entfaltung der Individualität. »Bürgerliche Gesellschaft« ist ohne Recht undenkbar.

In den Jahren 1980/81 entwickelte die Solidarnosc in Polen Überlegungen zur »bürgerlichen Gesellschaft« im Sozialismus. Die Gesellschaft sollte sich als demokratische Bewegung organisieren und außerhalb der Grenzen der Institutionen des totalitären Staates wirksam werden (Kuron). Die Idee der Wiederherstellung der »bürgerlichen Gesellschaft« durch Herrschaft des Rechts und Garantie der Bürgerrechte, eine freie öffentliche Sphäre und eine Pluralität unabhängiger Vereinigungen war in allen oppositionellen Dokumenten gegenwärtig. Bei Wegfall äußerer Bedrohung ergäbe sich die Chance einer Vereinigung von gesellschaftlichem Eigentum und »bürgerlicher Gesellschaft«.<sup>27</sup> Der von einer zentralistischen Kommandowirtschaft auf der Grundlage staatlichen Eigentums bestimmte Frühsocialismus ist jedenfalls in Europa gescheitert. Sozialismus ist heute nur noch möglich, wenn er wirkliches Volkseigentum mit Demokratie verbindet. Solche Zielstellungen gab es nicht nur in Polen, sie spielen heute in der UdSSR eine entscheidende Rolle, waren auch in der siegreichen Volksbewegung der DDR im Herbst 1989 zunächst dominant. Eine praktische Möglichkeit des demokratischen Sozialismus wird es in der DDR nicht mehr geben, in den osteuropäischen Ländern liegen die Dinge unterschiedlich, entscheidend wird die Entwicklung in der UdSSR sein.

Die Theorie bleibt in jedem Fall gefordert, den Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu untersuchen. Das Scheitern des Frühsocialismus in Osteuropa zwingt zu der Schlussfolgerung, daß Sozialismus ohne entwickelte Demokratie, ohne »bürgerliche Gesellschaft«, ohne Öffentlichkeit, ohne Rechtsstaat, ohne Gewaltenteilung gegenüber dem modernen Kapitalismus keine wirkliche Alternative ist. Kann aber Volkseigentum, kann Gemeineigentum mit »bürgerlicher Gesellschaft« vereint werden oder ist Kapitalismus der unverzichtbare Preis für »bürgerliche Gesellschaft«?

F. Fukuyama hat kürzlich diese These auf den Begriff gebracht und den vollständigen Sieg des ökonomischen und politischen Liberalismus, zu dem es keine wirkliche ideologische Alternative mehr gäbe, und damit das Ende der Geschichte verkündet. Noch vorhandene Widersprüche, etwa die schwarze Armut in den USA, seien kein Produkt des Liberalismus, sondern Erbe der Sklaverei und des Rassismus. Das Ende der Geschichte bedeute die Ersetzung des ideologischen Kampfes durch ökonomische Kalkulation und Lösung technischer Probleme, das Ende von Kunst und Philosophie, ihre Ersetzung durch Besorgung eines Museums menschlicher Geschichte.<sup>28</sup> In einem Artikel von Z. in der Zeitschrift »Daedalus«, verkürzt in der »New York Times« im Januar 1990 veröffentlicht, wurde in derselben Richtung die These verkündet, daß nicht nur der Leninismus, sondern auch der »weiche« Kommunismus gescheitert sei. Es gäbe keinen dritten Weg zwischen Leninismus und Markt, zwischen Bolschewismus und konstitutioneller Regierung.<sup>29</sup>

S. Plechanow hielt dieser Auffassung entgegen, daß die Herausbildung der heutigen liberalen Demokratie des Westens Jahrzehnte, besser Jahrhunderte gedauert hätte. Posdnjakow warf Fukuyama pedantisches Vorgehen, die Ausschaltung der menschlichen Entscheidungsfreiheit aus der Geschichte vor. Nach Auffassung US-amerika-

K. Marx über Staat, Eigentum und Recht, in: K. Marx, Begründer der Staats- und Rechtstheorie der Arbeiterklasse, Berlin 1968, S. 85.

<sup>27</sup> A. Arato, Civil Society against the State: Poland 1980–81, Telos 1981 Nr. 47, S. 21, S. 43 ff. Zur weiteren Entwicklung vgl. D. Ost, The Transformation of Solidarity and the Future of Central Europe, Telos 1989 Nr. 79, S. 72, S. 78.

<sup>28</sup> F. Fukuyama, The End of History? The National Interest, USA, Summer 1989, S. 3, S. 13, S. 9, S. 18.

<sup>29</sup> Nach The Soviet's Terminal Crisis, Moscow News 1990, Nr. 6.

nischer Kritiker verkennt Fukuyama, daß die Geschichte uns immer schreckliche Erbschaften hinterläßt, Bomben, die jederzeit und überall explodieren können (G. Himmelfarb), und daß die internationalen Beziehungen auch weiterhin Beziehungen von Starken und Schwachen sein werden, daß die Macht neue Formen annimmt, aber nicht zu existieren aufhört und auch weiterhin eine Hierarchie jener definiert, die zählen und die nicht zählen (Stephen Sestanovich).<sup>30</sup> Gerade die heutige deutsche Wirklichkeit macht das für einen Sozialisten in schmerzhafter Weise deutlich.

Fukuyama hat als getreuer Schüler eines mißverstandenen Hegel einen bestimmten Zustand als Ziel und Ende der Geschichte bezeichnet. Aber jeder gelöste Widerspruch bringt neue Widersprüche hervor. Nichts spricht dafür, daß ein triumphiegender Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte ist. Soll aber der Sozialismus zu einer wirklichen Alternative werden, so kann er das nur als demokratischer Sozialismus. »Bürgerliche Gesellschaft«, Öffentlichkeit, Rechtsstaatlichkeit bedürfen, und diese Erkenntnis von Marx bleibt, einer ökonomischen Grundlage. Auf staatlichem Eigentum beruhende Allmacht zentraler Leitung schließt sie aus. Diese ökonomische Fundierung aber muß nicht die Dominanz des kapitalistischen Eigentums sein. Wirkliches Volkseigentum, das Regulierung eines demokratischen Staates mit betrieblicher Demokratie und Markt verbindet und mit Privateigentum im Wettbewerb steht, bleibt als Alternative, als Ideal und als Bewegung derer, die für dieses Ideal von ihren Interessen her eintreten und dafür Demokratie brauchen. Letzter Zweck des Sozialismus ist die Entfaltung der Persönlichkeit, ist eine Gesellschaft, in der der Mensch, wie Marx schrieb, das höchste Wesen für den Menschen ist, in der der kategorische Imperativ gilt, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«.<sup>31</sup> Der Weg der Demokratie bleibt der Weg des Kampfes gegen Allmacht des Privateigentums und des Staates gleichermaßen.

<sup>30</sup> S. Plechanow, *Dogma versus Reality*, ebenda; E. Posdnjakow, »The End of History?«, *Moscow News* 1990 Nr. 2, *Responses to Fukuyama*, *The National Interest* (Fn. 28), S. 26, S. 34 f.

<sup>31</sup> MEW Bd. 1, S. 385.